Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 361. Montag den 30. Dezember 1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Dresden, 27. Dezember, Abends 8 Uhr. Die Konstituirung der freien Konferenzen ist in heutiger Sitzung nicht erfolgt. Es wurde ein Legitimationsausschuß gewählt, welchem der preußische Bevollmächtigte Graf von Alvensleben präsidiren wird. Der österreichische Ministerialrath Thierri wird in den Konferenzen die Protokolle führen. (Näheres s. unter der Rubrik: „Konferenzen zu Dresden.“)

Darmstadt, 27. Dezember. Der Landtag ist zum 15. Januar einberufen worden. (S. Deutschland.)

Paris, 27. Dezember, Abends 8 Uhr. Allais ist zu einjährigem Gefängniß und 300 Franks Strafe verurtheilt worden. — Am Sonntage wird das Bureau der Kammer über die Absetzung Yons diskutiren. Die Nachricht, daß 7 Mitglieder desselben sich für, 7 gegen die Absetzung Yons ausgesprochen, ist unbegründet.

Die Legislative ist über den Streit Baroches und Pascal Duprat, wegen der Barrenlotterie, zur einfachen Tagesordnung übergegangen, und hat hierauf die Diskussion über das algierische Handelsgesetz fortgeführt.

Der Staatsbankerott Portugals soll bevorstehen.

Paris, 27. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 45. 5% 95, 35.

Frankfurt a. M., 27. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn $33\frac{3}{4}$.

Hamburg, 28. Dezember, Nachmittag 2 Uhr 30 Minut. Getreide stille. Oel p. Dezember 21, p. Frühjahr $21\frac{3}{4}$. Kaffee sehr fest. Zink 2000 Ctnr. loco $9\frac{11}{16}$.

Stettin, 28. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 35, p. Frühjahr 37 Gld. Rüböl loco $10\frac{1}{4}$, p. Frühjahr $10\frac{2}{3}$ bez. Spiritus 23, p. Frühjahr $21\frac{1}{4}$ Gld.

Amsterdam, 27. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Frühjahr 59. Rüböl p. Oktober $34\frac{1}{2}$, p. Frühjahr $34\frac{7}{8}$. Roggen preishaltend, geschäftslos.

Triest, 28. Dezember. Wochenmarkt-Bericht. Kaffee, Rio $35\frac{1}{2}$—38, Domingo 38—$38\frac{1}{2}$. Zucker, weiß, Bahia 19, Havanna $22\frac{1}{2}$.

Turin, 24. Dezbr. Die Deputirtenkammer hat ein Gebäudesteuergesetz mit 100 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Linke enthielt sich der Abstimmung. Der Finanzminister meldet, daß das Ausgaben-Budget um 13 Millionen Fr. verringert werden würde, was sehr guten Eindruck machte.

Preußen.

Berlin, 28. Dezember. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, nachstehenden Beamten im kaiserl. russischen Post-Departement: den wirklichen Staatsräthen v. Ulrichs und v. Wedell, und dem Staatsrath v. Laube, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse; so wie dem Direktor des St. Petersburgischen Post-Dampf-Schifffahrt-Comtoirs, Kollegienrath v. Patlof, den rothen Adler-Orden dritter Klasse; desgleichen dem Bahnhofs-Inspektor der Taunus-Eisenbahn, Nathan zu Mainz, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-strelitzsche Staats-Minister v. Bernstorff, von Neu-Strelitz. Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staatsminister Graf v. Bülow, von Schwerin.

[Militär-Wochenblatt.] v. Natzmer, General der Inf., Graf Nostitz, General der Kavalerie, mit ihrer bisherigen Pension zur Disposition gestellt. Von nachbenannten, bisher beim Armee-Corps in Baden kommandirt gewesenen Offizieren treten: v. Alvensleben, Major vom Generalstabe, zum VII., Kayser, Major vom Generalstabe, zum V. Armee-Corps, v. Scholten, Major vom 8. Artill.-Regt., v. Kamptz, Hauptmann à la Suite desselben Regiments und Artillerie-Offizier des Platzes Rastatt, dieser als aggr., v. Münchhausen, Sekonde-Lieut. vom 31. Inf.-Regt. und Platzmajor in Rastatt, zu ihren Regimentern zurück. v. Studnitz, Oberst und Insp. der 2ten Festungs-Insp., zum Comdt. von Torgau, v. Berge und Herrendorff, Oberst-Lieut. und Comdr. des 3. Artill.-Regts., zum Comdt. von Neisse ernannt, und sollen beide à la Suite resp. des Ing.-Corps und des 3. Artill.-Regiments geführt werden. Fürst Radziwill, General-Lieut., und v. Werder, Gen.-Lieut., von dem Verhältniß als int. 1ste Commandanten resp. von Torgau und von Neisse entbunden. v. Witzleben, Rittmeister vom Regt. Garde du Corps, zum etatsm. Major ernannt. — Bei der Landwehr: Rohde, Sekonde-Lieut. vom 1. Bat. 11. Regts., ins 2te Bat. 26. Regts. einrangirt. Pückler, Sek.-Lieut. vom 1. Bat. 6. Regts., zum Pr.-Lieut., Piper, Unteroffizier vom 2. Bat. 6. Regts., zum Sek.-Lieut. ernannt. Burich, Sek.-Lieut. vom 1. Bat. 20. Regts., Baron v. Lützow, Sek.-Lieut. vom 2. Bat. 10., ins 2. Bat. 6. Regts. einrangirt. Meinhoff, Unteroff. vom 3. Bat. 6. Regts. zum Sek.-Lieut. bei den Pionnieren ernannt. v. Ziegler und Klipphausen, Sek.-Lieut. vom 1. Bat. 2ten, ins 1. Bat. 7. Regts., Krause, Sek.-Lieut. vom 3. Bat. 6ten, ins 2te Bat. 19. Regts. einrangirt. Eggert, Major zur Disposition, zuletzt im 18. Infanterie-Regiment, zum Führer des 2. Aufgeb. vom 3. Bat. 19. Regts., Cruchen, Major a. D., zuletzt im 28. Inf.-Regmt., zum Führer des 2. Aufgebots vom 2. Bat. 28. Regts. ernannt. v. Zollicoffer, Oberst und 2ter Komdt. von Torgau, v. Froreich, Oberst und 2ter Komdt. von Neisse, mit Pension zur Dispos. gestellt. Christoffel, Major vom 6. Inf.-Regt., als Oberst-Lieut., mit der Regts.-Uniform mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorgung und Pension, der Abschied bewilligt. v. d. Lippe, Major vom 25. Inf.-Regt., mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. für V. und Pension, der Abschied bewilligt. Schönknecht, Rittm. vom 1. Bat. 7. Regts., als Major mit der Armee-Uniform mit den vorschr. Abz. f. V., Badermann, Prem.-Lieut. vom 3. Bat. 7. Regts., als Hauptmann mit der Regts.-Uniform mit den vorschr. Abz. f. V., Berndes, Sek.-Lieutenant von demselben Bataillon, der Abschied bewilligt.

Dasselbe Blatt enthält die allerhöchste Bestimmung wegen Rückgabe von Pferden bei einer Demobilmachung. Die Verordnung, betreffend die Nachtrags-Bestimmung zum Soldbuche für Offiziere und Beamte. Desgleichen, betreffend die Zulage der kompagnieführenden Lieutenants der auf den Feld-Etat getretenen Landwehr-Bataillone. Desgleichen, betreffend die Suspension einiger Bestimmungen der Verordnung vom 16. November d. J. wegen Ausführung der Militär-Rechtspflege im Kriege. Desgleichen, betreffend die Gewährung der Mobilmachungskompetenzen für Truppenbefehlshaberstellen. Desgleichen, betreffend die Ableistung der Militärpflicht der zum einjährigen freiwilligen Dienst berechtigten jungen Leute während des mobilen Zustandes der Armee.

§§ **Berlin,** 28. Dezbr. Angesichts der in wenigen Tagen **wieder zusammentretenden Kammern wird in der Presse** bereits von einer neuen Vertagung gesprochen. Die Gerüchte darüber lauten allerdings in den Details verschieden: während einerseits behauptet wird, die Regierung werde einen desfallsigen Antrag stellen, behaupten Andere, der Antrag werde von Abgeordneten der rechten Seite gestellt werden. Unserer Verfassung zufolge bedarf es bekanntlich bei einer wiederholten Vertagung der Zustimmung der Kammern, indem § 52 sagt: „Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht überschreiten und während derselben Session nicht wiederholt werden.“ Die Motive des Gesetzgebers zu diesen Bestimmungen sind offenbar keine andern gewesen, als zu verhindern, daß die Minister das Recht der Krone, die Kammern zu vertagen, dazu benutzen, die gesetzliche Theilnahme der Volksvertretung an der Regierung illusorisch zu machen. Der Gesetzgeber hat gewiß einen hohen Grad von Weisheit entwickelt, als er nicht alle Mittel und Wege abschneiden wollte, in wirklich dringlichen Fällen die Thätigkeit der Kammern zu suspendiren. Die Frage ist also jetzt, ob die Kammern neuerdings Motive finden werden, eine abermalige Vertagung zu bewilligen. Die Presse stimmt darin überein, daß die Antragsteller, sei es nun Ministerium oder eine Fraktion der Kammer, die wiederholte Vertagung in dem Falle vorschlagen werden, daß am 3. Januar die Dresdner Konferenzen noch zu keinem Resultate geführt hätten. Man ist nun hier der Meinung, daß dieser Grund von der Majorität nicht plausibel befunden werden möchte. Die Vertagung am 3. Dezember mochte vom Standpunkt des Ministeriums gerechtfertigt erscheinen; das Ministerium befürchtete, und mit Recht, seitens der Kammern einen Einspruch gegen die Olmützer Konvention und die Dresdner Konferenzen. Dieser Einspruch wurde durch die Vertagung gehindert. Heute nun sind Olmützer Konvention und Dresdner Konferenz fait accompli, rückgängig können sie von den Kammern nicht gemacht werden, wirksam wird der Einfluß der Kammern jedenfalls nur auf den Gang und das Resultat der Dresdner Verhandlungen sein können. Wird sich wohl ein konstitutionellgesinnter Abgeordneter finden, der sein Votum dazu geben möchte, daß auch dieser mögliche Einfluß auf den Gang der Politik abgeschnitten werde, daß die Kammer abermals einem fait accompli gegenübergestellt werde, zu dem sie: Ja sagen muß? Wir bezweifeln es. Daß das Ministerium event. eine abermalige Vertagung wünschen wird, ist gewiß. Dieser Wunsch des Ministeriums genügt doch aber wahrlich nicht, um ihm sofort Gewährung zu geben. Und was nützt es denn, die Tribüne nochmals auf 30 Tage zu schließen; wo soll denn da ein Ende gefunden werden? Wer sagt uns denn, wenn man bis zum 3. Januar in Dresden nicht einig geworden ist, daß man es bis zum 3. Februar mehr sein werde? Nichts, gar nichts. Dies sind die Gründe, welche gegen die Vertagung geltend gemacht werden. Es treten aber dazu außerdem noch innere Gründe. Es kann nämlich durchaus nicht behauptet werden, daß in diesem Augenblick der Schwerpunkt der preußischen Angelegenheiten einzig und allein in Dresden liege. Wir haben bei uns sehr dringende Geschäfte zu erledigen, die ferneren Aufschub nicht dulden. Wir haben die Preßgesetzgebung vor uns, deren gegenwärtiger Zustand ein solcher ist, daß die frühere Censur dagegen als Freiheit erscheint. Wir haben die Regulirung eines der wichtigsten Theile des bürgerlichen Rechtes vor uns: nämlich der bürgerlichen Ehe. § 19 der Verfassung sagt: „Die Einführung der Civilehe erfolgt nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstandsregister regelt.“ Bis jetzt hat es der Regierung noch nicht beliebt, einen dahin einschlagenden Gesetzentwurf vorzulegen, obschon aus allen Theilen der Monarchie Klagen über die unbeschreibliche Verirrung einlaufen, welche in Folge dieses Provisoriums über Familien- und Rechtsverhältnisse hereingebrochen ist. Wenn die Regierung sich nicht beeilt, wird auch hierin die verfassungsmäßige Initiative der Kammern eintreten müssen. — Wir haben ferner die Regulirung des Schulwesens. § 26 der Verfassung stellt ein Unterrichtsgesetz in Aussicht, und § 112 zufolge bleibt es bis zum Erlaß des Gesetzes bei den alten Bestimmungen. Dadurch sind faktisch die Bestimmungen der Verfassung suspendirt, welche die Freiheit des Unterrichts, die Beihilfe des Staats zur Errichtung von Volksschulen, die Garantie für eine angemessene Besoldung der Volksschullehrer, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule gewährleisten. Es ist die höchste Zeit, daß der traurigen Lage der Volksschullehrer, der mangelhaften Organisation der Volksschule abgeholfen werde. Die Kammern werden auch hier die Thätigkeit des Ministeriums anspornen müssen. — Es bleibt endlich der Kardinalpunkt eines konstitutionellen Staates ins Auge zu fassen: die Geldfrage. Mit dem 31. Dezbr. läuft die Budgetperiode ab. Der Art. 99 verlangt, daß die Einnahme und Ausgabe für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und Kraft eines Gesetzes (also durch Zustimmung der Kammern) festgestellt werden. — Alle diese Motive werden, wie wir vernehmen, von der konstitutionellen Partei geltend gemacht werden, um jedes weitere Ansinnen, die Kammern zu vertagen, zurückzuweisen.

Berlin, 28. Dez. [Tagesbericht.] Heute Mittag $1\frac{1}{2}$ Uhr sind die HH. Fürst Schwarzenberg und Freiherr von Manteuffel aus Dresden hier eingetroffen. Auf dem Anhaltischen Bahnhofe wurden dieselben von mehreren Generalen und höheren Offizieren empfangen. Sr. Durchlaucht Fürst Schwarzenberg begab sich nach dem königlichen Schlosse, wo eine Wohnung für denselben eingerichtet ist. Herr von Manteuffel fuhr nach dem Hotel des Auswärtigen, der Dienstwohnung des Ministers. Um 3 Uhr begaben sich sämmtliche Minister, sowie der österreichische Minister-Präsident nach Charlottenburg zum Diner bei Sr. Majestät dem Könige. — Morgen wird ein großes diplomatisches Diner bei dem Minister-Präsidenten Hrn. v. Manteuffel stattfinden. — Wie wir hören wird in einem demnächst abzuhaltenden Ministerrathe die oft in der Presse beregte Frage zur Sprache gebracht werden, in welcher Art eine weitere Vertagung der Kammern zu erwirken sei. — Das bisherige Mitglied des Fürstenkollegiums für Baden, Herr v. Porbeck ist vom Großherzoge von Baden zum Minister-Residenten am hiesigen Hofe ernannt worden. — Die von mehreren Studenten veranstalte Sammlung für Schleswig-Holstein (Weihnachtsbaum für Schleswig-Holstein) hat einen Ertrag von 181 Rthl. 18 Sgr. abgeworfen. — Zur Berichtigung einer gestern von uns gegebenen Notiz bemerken wir, das der verewigte Generalmajor v. Etzel nicht der nach Kopenhagen gesandte Offizier dieses Namens ist. Die Mission nach Dänemark wurde dem Sohn des verstorben Generals, dem Major v. Etzel zu Theil. (C. B.)

Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen wird nach den letzten Anordnungen schon am 31. d. M. hier wieder eintreffen. Die Frau Prinzessin von Preußen königl. Hoheit dagegen wird erst im Januar zur Feier des 150-jährigen Ordensfestes hier erwartet. — Der Regierungs-Assessor v. Nordenpflycht, bekannt als früherer Mitarbeiter im sogenannten literarischen Kabinet, ist als Regierungsrath nach Posen versetzt worden, um daselbst den ins Ministerium des Innern berufenen Regierungs-Rath Noah beim Ober-Präsidium zu ersetzen. (N. Pr. Ztg.)

Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält eine allgemeine Verfügung vom 12. Dezbr., die Anwendung des § 107 des Gesetzes vom 2. März d. J. betreffend. In derselben werden **sämmtliche Auseinandersetzungsbehörden und Gerichte ermächtigt und angewiesen, die noch unberichtigten Kosten in den bei Emanation des Gesetzes vom 2. März d. J. anhängig gewesenen Auseinandersetzungen und Prozessen über Ansprüche der zu b. gedachten Art niederzuschlagen, insofern nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen in den betreffenden einzelnen Fällen die Zurücknahme der Klage lediglich durch die neuen Bestimmungen jenes Gesetzes nothwendig und unabweislich geworden ist, oder diese Bestimmungen der weiteren Verfolgung des Anspruchs entgegengehen.** Ferner wird ein Plenar-Beschluß des k. Ober-Tribunals vom 21. Oktbr. mitgetheilt, welcher folgenden Grundsatz feststellt: Die Säkularisation eines Klosters, welches dem Domainenfiskus zugewiesen wird, be[illegible]det kein Erlöschen der dem Ersteren auf dem Grundstücke eine[illegible]eren fiskalischen Station (in casu des Militärfiskus) z[illegible]ndig gewesenen Servitut modo confusionis und letztere kann daher von dem Domainenfiskus ferner ausgeübt und an einen Dritten rechtsgültig verkauft werden.

Ein am 12. d. M. ergangener königl. Erlaß bestimmt, daß die Ausführung gewisser Vorschriften wegen der Militär-Rechtspflege im Kriege zur Zeit noch ausgesetzt bleiben soll. Demgemäß unterliegt die Berechtigung der kommandirenden Generale der mobilen Armeekorps zur Bestätigung kriegsrechtlicher Erkenntnisse bis auf weiteren Befehl den Beschränkungen des Militär-Strafgesetzbuchs, auch darf bis dahin von den in § 5 der Verordnung vom 16. Novbr. d. J. genannten Militär-Befehlshabern die Bestätigung kriegsrechtlicher Erkenntnisse nicht ohne vorherige Begutachtung derselben erfolgen. Dagegen wird durch die einstweilige Aussetzung des § 1 der gedachten Verordnung die Anwendung der Vorschriften des § 9 der Einleitung zum Militär-Strafgesetzbuch in den Fällen, wo dies zur Aufrechthaltung der Disciplin nöthig sein sollte, nicht ausgeschlossen.

[Zum Staatshaushalt.] Nach der im Ministerium aufgestellten Berechnung sind **im nächsten Jahre im Ganzen für aufgehobene Rechte und Nutzungen Seitens des Staats 308,938 Rtl. 22 Sgr. 3 Pf. an Entschädigungen zu zahlen,** und zwar

in der Provinz Brandenburg	52,861 Rtl. 22 Sgr. 9 Pf.,
in der Provinz Preußen	20,093 Rtl. 2 Sgr. 8 Pf.,
in der Provinz Pommern	10,000 Rtl.
in der Provinz Westfalen	115,407 Rtl. 27 Sgr. 3 Pf.,
in der Provinz Schlesien	7019 Rtl. 13 Sgr. 3 Pf.,
in der Provinz Posen	1127 Rtl. 13 Sgr. 6 Pf.,
in der Provinz Sachsen	19,881 Rtl.
in der Rheinprovinz	40,680 Rtl. — Sgr. 9 Pf.

Es ist demnach Seitens des Staates am meisten an Entschädigungen in der Provinz Westfalen und am wenigsten in der Provinz Posen zu zahlen. — Zu den hier spezifizirten Entschädigungen in den einzelnen Provinzen treten noch Entschädigungen, welche durch die General-Staats-Kasse direkt zu leisten sind, im Betrage von 41,868 Rtl. 2 Sgr. 1 Pf., in welcher Summe die, nach dem mit den Fürsten zu Hohenzollern-Hechingen und zu Hohenzollern-Sigmaringen abgeschlossenen, von den Kammern genehmigten Staatsvertrage vom 7. Dezember 1849 zu zahlenden Renten von 10,000 Rtl. und resp. 25,000 Rtl. enthalten sind. Es bestehen jetzt noch im Umfange der Monarchie außer dem geheimen Staats-Archiv 7 Staats-Archive in den Provinzen und zwar in Königsberg, Breslau, Stettin, Magdeburg, Münster, Koblenz und Düsseldorf. Nachdem früher bereits das Archiv zu Minden aufgelöst worden ist, existirt, Posen ausgenommen, in jeder Provinz ein Archiv, nur die Rheinprovinz zählt deren zwei. Für die Verwaltung der Provinzial-Archive ist pro 1851 die Summe von 10,575 Rtl. und für die Verwaltung des geheimen Staats-Archivs die Summe von 5250 Rtl. ausgesetzt.

Berlin, 29. Dez. Gestern kamen auch der Staatsminister a. D. Graf Alvensleben und der österreich. Gesandte Baron v. Prokesch gleichzeitig mit den beiden Herren Ministerpräsidenten hier an.

Die am 23. d. Mts. zu Memel abgehaltene Ersatzwahl eines Abgeordneten zur II. Kammer für den Gumbinner Wahlbezirk (Memel-Heydekrug) an Stelle des Pfarrers Heinrici ist auf den Kommerzienrath Frentzel-Beyme zu Memel gefallen, welcher auch angenommen hat.

Am 26. d. M. kamen hier 220 Personen an und reisten 226 ab. Angekommen: Der königl. großbritt. Kapitän und Kabinets-Kourier Haveland von Wien.

Stettin, 28. Dezember. [Die holsteinischen Militärs.] Täglich treffen hier preußische, militärpflichtige Unterthanen mit der Eisenbahnen ein, die in Folge der Kabinetsordre die holsteinische Armee haben verlassen müssen. Obwohl jene Ordre den 16. Dezember als Endtermin festsetzt bis zu welchem die im Auslande befindlichen militärpflichtigen Personen sich in Preußen einstellen sollten, so ist eine Verlängerung jenes Termins von selbst dadurch eingetreten, daß die in der holsteinischen Armee dienenden Preußen theils der Eisenbahnbeförderung wegen, theils aus andern Gründen, nicht auf einmal entlassen werden konnten. Alle hier durchpassirenden Männer drücken ihre Antipathien gegen den General Willisen und den Oberst v. d. Tann aus, welchen letzteren sie für einen Avanturier erklären, der sich nicht wegen des unglücklichen Angriffes auf Friedrichstadt von der Armee entfernt, sondern bei der scheinbar eingetretenen Verwickelung zwischen Baiern und Preußen glücklichere Aussichten auf Avancement in der heimathlichen Armee eröffnet gesehen habe. Unter den durchgehenden Männern sahen wir auch gestern einen kräftigen, schönen Mann, dem bei Friedrichstadt das Bein zerschmettert wurde, und der jetzt hinkend der Heimath entgegenfuhr. Alle sind von einer Gemüthsstimmung erfüllt, deren Ausdruck ein treues Bild der Stimmung des unglücklichen Landes gewährt, dem sie bis jetzt gedient haben. (Ostsee-Z.)

Erfurt, 24. Dezbr. [Adressen.] Es ist noch nicht lange her, als der Treubund eine Adresse an den König richtete, welche mit energischen Worten den König zum Kampfe aufforderte. Gegenwärtig ist von demselben eine „ehrfurchtsvolle“ Dankadresse an den Minister v. Manteuffel für die befolgte Friedenspolitik gerichtet worden, „die sich jetzt im wahren ruhmreichen Lichte zeigen werde nach dem Verstummen trüber Parteimeinung.“ (D.-P.-A.-Z.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Eröffnungs-Vortrag des k. k. österr. Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg,
gehalten zu Dresden am 23. Dezember.
[Schluß.*)]

Diese Erfahrungen haben aber auch zugleich die Mängel erkennen lassen, welche die bisherige Verfassung des Bundes hatte, und die Lücken in derselben angedeutet, deren Ergänzung ein Bedürfniß geworden. Ein solches Bedürfniß ist vor Allem die Kräftigung des obersten Bundes-Organs durch Einrichtungen, welche dasselbe für die Zukunft befähigen, den Fluthen der Revolution einen Damm zu setzen, und das monarchische Prinzip gegen dieselben zu schützen.

Die Erkenntniß dieser Wahrheiten muß uns, meine Herren, nothwendig auch zur Erkenntniß der Aufgabe leiten, welche uns hier obliegt.

Diese Aufgabe ist die Revision der Bundesakte und der aus ihrer Entwickelung hervorgegangenen Gesetze.

Nehmen wir die dem Bunde ursprünglich gegebene Verfassung zur Grundlage und zum Ausgangspunkte unserer Verhandlungen; — lassen wir es uns angelegen sein, diese Verfassung mit Benutzung der Rathschläge der Erfahrung und mit Berücksichtigung alles dessen zu ergänzen und zu verbessern, was Zeit und Umstände zur Wohlfahrt des Vaterlandes wirklich erheischen, schaffen wir eine oberste Bundesbehörde, stark genug, um durch den Schutz, welchen sie den einzelnen Regierungen gegen die Feinde der Ordnung gewährt, die heiligsten Güter der Gesellschaft zu retten und vor neuen Gefahren zu sichern, so werden wir den Anforderungen des Rechts, wie jenen der Billigkeit, den Eingebungen der Staatsklugheit und den Pflichten entsprechen, welche unsere hohen Vollmachtgeber durch heilige Verträge für ihre gegenseitigen Beziehungen eingegangen sind, und welche die Vorsehung denselben, ihren Völkern gegenüber, auferlegt hat. Es darf wohl nicht bezweifelt werden, meine Herren, daß Ihre hohen Regierungen, wie Sie selbst, dieser Auffassung der Verhältnisse beipflichten, zu deren Darlegung der kaiserliche Hof mich beauftragt hat.

Einig über den Ausgangspunkt, die Richtung und das Ziel, werden wir dieses sicher auch bald erreichen.

Lassen Sie uns mit redlichem Willen, mit gegenseitigem Vertrauen, mit Gottes Segen und daher guten Muths an das Werk gehen, damit es gelinge.

Das Vaterland, dessen Wohlfahrt durch die Stürme der letztverflossenen Jahre erschüttert worden, und noch unter dem Drucke der Verhältnisse der Gegenwart leidet, sieht mit Erwartung auf unsere Thätigkeit und knüpft an deren Erfolge seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft.

Nur mit diesen Erfolgen kann Ordnung, Gesetzlichkeit und Friede, daher wahre Freiheit und Wohlstand allen Theilen unsers herrlichen deutschen Vaterlandes wieder dauernd gesichert und dessen Ansehen nach Außen hin neuerdings befestigt werden. Wenn ich überzeugt bin, meine Herren, Ihren Ansichten begegnet zu sein, glaube ich auch Ihren Gefühlen einen Ausdruck zu leihen, indem ich der königlich sächsischen Regierung und insbesondere dem edlen, als Mensch wie als Monarch so verehrungswürdigen Könige unseren und unserer hohen Vollmachtgeber Dank für die wohlwollende Aufnahme ausspreche, welche wir hier gefunden haben.

Rede des königlich preußischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Manteuffel.

Gestatten Sie, meine Herren! auch mir, noch besonders meinen Dank für die Bereitwilligkeit auszusprechen, mit welcher der ergangenen Einladung zu den heute begonnenen Konferenzen Folge geleistet worden ist, so daß man nach länger als zwei Jahren, nach verschiedenen Spaltungen und traurigen Zwistigkeiten die Bevollmächtigten sämmtlicher deutscher Staaten hier versammelt sieht, einmüthig entschlossen zum gedeihlichen Zusammenwirken. Ich darf hieran wohl auch noch ein Wort der Hoffnung und des Vertrauens anknüpfen: wollen wir die Widerkehr jener schlimmen Erfahrungen vermeiden, wohlan, meine Herren! zeigen wir den deutschen Stämmen, daß ihre Regierungen den Willen, die Einsicht und die Kraft haben, vorhandene Mängel zu beseitigen, Gutes, Wahres und Festes zu gründen.

Dresden, 27. Dezbr. Außer den in der Sitzung vom 23. anwesenden Bevollmächtigten bei den freien Konferenzen sind hier angekommen und anwesend:

Für Oesterreich: Graf Buol-Schauenstein.
" Preußen: Legationsrath Graf Flemming.
" Mecklenburg-Schwerin: Minister Graf v. Bülow.
" Baden: Minister Freiherr v. Rüdt und Legationsrath v. Meisenbug.
" Nassau: Minister a. D. v. Dungern, Rath Bertram.
" Hessen-Homburg: v. Holzhausen.

Dresden, 27. Dezember. Heute sind fünf Kommissionen gebildet worden, denen die Berathung über die Grundgesetze des deutschen Bundes übergeben sind.

Die Erste Kommission beräth die Organisation der obersten Bundesbehörde, wie der Umfang des „Bundesgebiets“. Die in Frage kommenden Artikel der Bundesakte sind **Art. I. IV. V. VI. VII. VIII. IX. Von der Schlußakte kommen Art. VI. VII. VIII. IX. X. in Betracht.**

*) Den ersten Theil dieser Rede s. in d. gestr. Bresl. Ztg.

In derselben hatte den Vorsitz: Oesterreich, und wird sie gebildet aus: Preußen, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Hannover, Großherz. Hessen, Kur-Hessen, Frankfurt, Sachsen-Weimar.

Die Zweite Kommission hat als Gegenstände der Berathung den „Wirkungskreis des obersten Bundesorgans und die Beziehungen des Bundes und der Einzelstaaten zu einander“ überkommen. Es kommen dabei die Art. VII. X. XI. und XIII. der Bundesakte und Art. XI. XII. XIII. XIV. XV. LXV. der Schlußakte in Betracht, ebenso wie die Exekutions-Ordnung vom 3. August 1820.

Den Vorsitz in dieser Kommission führt Preußen. Sonst wird sie gebildet von Oesterreich, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Baden, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Holstein, Anhalt-Bernberg.

Die dritte Kommission behandelt materielle Interessen: Handel, Zoll, Schifffahrt, Verkehrsmittel. Nach Art. VI. und XIX. der Bundesakte und Art. LXIV. der Schlußakte.

Den Vorsitz führt Baiern. Theil nehmen: Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Sachsen-Koburg, Hamburg, Oldenburg.

Die vierte Kommission beräth das Bundesgericht nach Art. XX—XXIV. der Schlußakte, wie nach Art. XXIX—XXXII. derselben und mit Betracht der Austrägalgerichts-Ordnung vom 16. Juli 1817.

Den Vorsitz führt Sachsen. Theil nehmen: Hannover, Nassau, Braunschweig, Bremen, Schaumburg-Lippe.

In der fünften Kommission wird die Weise der Protokollführung berathen.

Den Vorsitz führt Hannover. Theil nehmen: Preußen, Sachsen (Königreich), Sachsen-Meiningen. (Ref.)

△ **Dresden,** 28. Dezember. Die Reise des Fürsten Schwarzenberg nach Berlin wird von der Mehrzahl der Bevollmächtigten als eine Demonstration angesehen, welche das Einvernehmen der beiden Großmächte aller Welt zeigen soll. Einige Mitglieder der Konferenz waren vor Erstaunen außer sich und konnten sich nur allmälig in den Gedanken finden, daß der österreichische Minister-Präsident den preußischen um die Ehre gebeten haben sollte, ihn nach Berlin begleiten zu dürfen! In Berlin werden dem Gaste mannigfache Festlichkeiten bereitet; die Grafen Buol und Alvensleben begleiten die beiden Premiers, so daß in Dresden für Oesterreich und Preußen nur Herr v. Prokesch und Graf Flemming zurückbleiben. Am 1. Januar werden Herr v. Manteuffel und gleichzeitig wohl auch Fürst Schwarzenberg wieder in Dresden sein.

In der gestrigen Sitzung, die von 1—2½ Uhr dauerte, wurde Herr Thierry aus der Umgebung des Fürsten Schwarzenberg zum Protokollführer ernannt, Graf Alvensleben dagegen zum Vorsitzenden der Protokoll-Kommission, die das Protokoll zu prüfen, zu genehmigen und der Versammlung vorzulegen hat. Diese Wahlen haben einige Bedeutung, zumal bei der Wichtigkeit der Protokolle für freie Konferenzen. Ein Abstimmungsmodus ist festgesetzt; das Detail bin ich vorläufig noch nicht im Stande anzugeben. Wir wiederholen noch einmal, daß nach der Ansicht von Personen, die mit der Sachlage vertraut sind, die Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen vollständig erfolgt ist und daß das getroffene Arrangement die Zustimmung Rußlands erlangt hat. Nähere Bestimmungen muß ich mir zur Zeit noch versagen; nur so viel darf im Voraus angenommen werden, daß die Königreiche sich lange eifrig und mit Intrigue gegen die Pläne der Großmächte zu wehren haben, sobald diese Pläne offen hervortreten. England wird es bei bloßen Bedenken gegen den Eintritt des gesammten Oesterreichs in den Bund bewenden lassen.

Die N. Preuß. Ztg. sagt: „Sicherem Vernehmen nach haben die Herren Minister-Präsidenten Fürst Schwarzenberg und v. Manteuffel den Bevollmächtigten Preußens und Oesterreichs in Dresden gleichlautende Instruktionen ertheilt.“

** **Kassel,** 26. Dez. [Tagesbericht.] Heute Mittag nach 1 Uhr ist das kurhessische Garderegiment, eine Batterie reitende Artillerie und die Division Kurfürst-Husaren hier eingezogen. Das Offizierkorps der Bundestruppen mit der Musik des österreichischen Jägerbataillons, so wie das Offizier-Korps des preußischen Bataillons vom 13. Infanterie-Regiment mit der Musik waren ihnen, unter dem Zuströmen einer unabsehbaren Menschenmenge entgegen gezogen und gaben unsern vaterländischen Truppen das Geleite in die Stadt. Die Garde und Artillerie wurde mit einem donnernden Hurrah begrüßt. — Morgen kommt der Kurfürst hierher. — Sie sehen, daß jeder Tag eine andere Wendung unserer Angelegenheiten bringt. Was vor einer Stunde kaum als ein Gerücht auftaucht, ist in der nächstfolgenden Wirklichkeit. Daneben hat Graf Leiningen eine „Verordnung“ erlassen, wonach den Bezirksdirektoren aufgegeben wird, streng darüber zu wachen, daß alle Staatsdiener streng die Verordnungen vom 4., 7. und 28. Sept. befolgen und wo das nicht geschieht, ihm nur die Anzeige zu machen.

(Abends.) Ich bin im Stande, über die eigentliche Lage der Dinge hier genaue Mittheilung zu machen; nur die Beweggründe und Triebfedern habe ich noch nicht zu erforschen vermocht. Der Bundes-Civil-Kommissar Graf Leiningen hat heute einen Erlaß an die hiesigen Behörden gerichtet, worin er denselben mittheilt, daß ihm die auf seine Aufforderung vom 21. Dezember von ihnen abgegebene Erklärung genüge. Diese Erklärung ging nämlich dahin, daß bis zur rechtlichen Entscheidung der kurhes. Angelegenheit die Steuerverordnung v. 4. Sept. befolgt werden solle, die Verordnung vom 28. Sept. aber nicht anerkannt werden könne. Durch diese letztere Verordnung war bekanntlich den Gerichten jede Kognition der September-Verordnungen entzogen. — Wir haben heute einen sehr unruhigen Nachmittag und Abend gehabt. Das verschiedenartige Militär hat förmlichen Krieg unter sich geführt. Die kurhessische Artillerie und Garde hat kaum in ihren Kasernen von dem Marsche sich ein wenig erholt, so sind sie in Haufen in die Wirthshäuser gezogen und haben die Baiern, wo sie dieselben trafen, hinausgeworfen. Viele von diesen sind ganz eigentlich zum Fenster hinausgeworfen worden, sodaß mehrere haben ins Lazareth geschafft werden müssen. Vor mehreren Wochen sind viele kurhessische Beurlaubte auf ihrem Wege nach der Heimath von den Baiern verhöhnt und schlecht behandelt worden. Daher haben die kurhessischen Truppen eine furchtbare Wuth auf die Baiern. Nach Einbruch der Nacht ist es in einem Wirthshause in der Unterneustadt zum förmlichen Treffen gekommen. Kurhessische Soldaten, auch welche von Kurfürst-Husaren, haben im Verein mit preußischen baierische Soldaten arg mitgenommen, eine baierische Patrouille ist entwaffnet und auseinandergesprengt worden. Es war nahe daran, daß eine förmliche Schlacht in der Stadt geliefert wurde. Von beiden Seiten wurde indeß Mannschaft aufgeboten, um diesen Exzessen zu steuern. Nach halb 10 Uhr waren auf dem Martiniplatz, an der Großen Kirche, zwei Kompagnien kurhessische Garde und zwei Kompagnien Baiern aufgestellt, um die wieder eingetretene Ruhe zu erhalten. Alle Wachen sind verdoppelt worden. Die Ruhe wird nicht eher gesichert sein, als bis die Baiern die Stadt verlassen, was nach der Aussage bairischer Offiziere übermorgen der Fall sein wird. Der General Hailbronner hat heute auf dem Friedrichsplatze zu einigen seiner Offiziere gesagt, die Kurhessen würden an die Baiern gedenken. Das wird gewiß geschehen; aber die Baiern werden sicher auch Kassel nicht vergessen.

Wie wir vernehmen, ist am 27. Dez. an den Fürsten v. Thurn und Taxis von München aus die Weisung ergangen, denjenigen Theil der baierischen Truppen, welcher unter den jetzigen Umständen behufs der Bundesexekution als überflüssig erscheint, sofort aus Kurhessen zurückzuziehen. Dieser Befehl dürfte heute schon den Anfang seines Vollzugs finden. (Kass. Z.)

** **Kassel,** 27. Dezember. [Tagesbericht.] Heute Morgen um 10 Uhr ist der Kurfürst mit dem ersten Bahnzuge der Main-Weser-Bahn hier eingetroffen. Vom Bahnhofe bis zum kurfürstlichen Palais hatte die Garde Spalier gebildet. Die Bundestruppen, so wie das k. preuß. Infanterie-Bataillon und die kurhessische reitende Artillerie standen in Parade auf dem Friedrichsplatz. Den Zug eröffnete eine Abtheilung Kurfürst-Husaren, sodann folgte der zweispännige Staatswagen, worin sich der Kurfürst selbst befand und eine andere Hofequipage mit den Adjutanten; sodann wieder eine Abtheilung Husaren. Der Zug bewegte sich im scharfen Trabe durch die lautlose Menge nach dem Palais, in welchem die Behörden, so wie die Staatsoffiziere der fremden und einheimischen Truppen, zum Empfang sich befanden. Am Bahnhofe selbst hatten sich die hiesigen Mitglieder des kurhessischen Treubundes mit der weiß-rothen Kokarde am Hute eingefunden und begrüßten Se. königliche Hoheit mit einem Hoch. Der Kurfürst erschien an der Spitze eines glänzenden Generalstaabes vor dem Palais. Die Truppen defilirten vorüber; zuerst Oesterreicher, dann die Preußen, dann die Baiern und zuletzt die Kurhessen. Auch bei dieser Gelegenheit wurden die Garde, die Artillerie und sodann noch die Preußen mit einem Hurrah begrüßt. — Die Minister Hassenpflug und v. Haynau sind ebenfalls eingetroffen. — Gestern Abend fanden blutige Raufereien zwischen dem preußischen und kurhessischen Militär einerseits und den Baiern auf der anderen Seite statt. Der Streit hatte in den Wirthshäusern sich entsponnen und auf die Straßen fortgepflanzt. Zahlreiche Patrouillen durchzogen die Stadt. Die Ruhe war bald wieder hergestellt.

Frankfurt, 23. Dezbr. [Die Grundlagen der Berathungen auf den dresdener Koferenzen] sind bekanntlich 1) die Unauflöslichkeit des Bundes, 2) Gültigkeit der Bundesverfassung bis zur Promulgation der Revision derselben, 3) kräftige Vertretung der deutschen Interessen nach Innen und Außen und vom Bunde aus, 4) Sanktion der beschlossenen Revision durch alle Regierungen. Mehr als diese Hauptpunkte wird aber die künftige Eintheilung der Kuriatstimmen des engeren Raths besprochen, die möglichst nach der geographischen Lage und der Stammverwandtschaft geschehen soll. Man will die 17 Stimmen auf 13 zurückführen, von denen Oesterreich und Preußen je 2, Baiern, Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baden je eine erhalten würden. Von den übrigen vier kämen, wie man hier wissen will, eine auf die beiden Hessen mit Nassau, Waldeck und Frankfurt, eine auf Braunschweig, Oldenburg, Holstein, Mecklenburg, Lippe und die drei Hansestädte, eine auf Luxemburg und Limburg und die letzte auf die acht thüringischen Staaten mit den anhaltischen Fürstenthümern. (N. Bremer Z.)

Stuttgart, 23. Dezbr. [Die Politik Württembergs.] Hinsichtlich der verschiedenen durch die Blätter gehenden Gerüchte über das Verhalten der württembergischen Regierung und der Königreiche überhaupt, den Olmützer Punktationen und den Dresdener Konferenzen gegenüber, läßt sich die hiesige lithographirte Korrespondenz, die, wie es scheint, in solchen Dingen verlässige Quellen hat, folgendermaßen vernehmen:

„Verschiedene, namentlich preußische oder Gothaer Blätter behaupten fortwährend von einer Betheiligung Württembergs an einem Proteste gegen die Olmützer Punktationen und einem gemeinsamen baierisch-württembergischen Programm für die Dresdener Konferenzen unterrichtet zu sein. In ersterer Beziehung ist bereits durch das Organ der Regierung der formellste Widerspruch erhoben worden, und in letzterer Hinsicht vernehmen wir von einer Seite, wo man sonst gut unterrichtet zu sein pflegt, daß ein gemeinsames Programm nicht besteht, wenn es schon natürlich ist, daß die Mittelstaaten gemeinsame Interessen haben, worin also die ihren Bevollmächtigten ertheilten Instruktionen zusammenlaufen werden, wie z. B. dem Dualismus entgegenzuwirken, der indeß von österreichischer Seite weit weniger sich geltend machen dürfte, als von preußischer, wenigstens nach der Sprache der offiziellen und halboffiziellen Organe der beiden Großstaaten zu urtheilen. Darum steht auch die würtembergische Regierung fortwährend im freundlichsten Einvernehmen mit ihren Verbündeten von Bregenz her und also auch mit der österreichischen Regierung. Gleichzeitig wird versichert, daß die Instruktionen des württembergischen Bevollmächtigten durchaus versöhnender und vermittelnder Art seien, und es kann hinzugesetzt werden, daß die sicheren Aussichten auf Erhaltung des Friedens Niemand erwünschter und erfreulicher waren, als eben der württembergischen Regierung, die ja auch bekanntermaßen erst im letzten Augenblick im Größeren rüstete, als es schien, der Friede sei nicht mehr zu erhalten, und als sie nimmer zögern konnte, den feierlich eingegangenen Verpflichtungen gegen ihre Verbündeten nachzukommen. Dadurch allein ist es auch gelungen, daß Württemberg verhältnißmäßig am wenigsten für Rüstungen aufgewendet hat, wie es denn Thatsache ist, daß Württemberg bis zum 20. Oktober alle bis dahin gemachten Ausgaben aus Ersparnissen decken konnte. Der größte Aufwand ist der Pferdeaufkauf, doch ist es da immerhin ein Trost, daß kein Kreuzer ins Ausland gewandert, sondern Alles der einheimischen Pferdezucht zu Gute gekommen ist. Wie man hört, werden demnächst auch wieder Verkäufe von Militär-Pferden stattfinden, damit der Friedensstand durch alle Waffengattungen hindurch so viel möglich wieder hergestellt ist.“

Karlsruhe, 25. Dezbr. Das Regierungsblatt enthält die Ernennung des seitherigen großh. Bevollmächtigten bei Sr. Majestät dem Könige von Preußen und im provisorischen Fürstenkollegium der deutschen Union, Legationsraths von Porbeck, zum großh. Ministerresidenten an dem königl. preußischen Hofe. (Karlsr. Z.)

Darmstadt, 27. Dezbr. Die heute erscheinende Nummer des Regierungsblatts enthält das allerhöchste Edikt, die Einberufung der Abgeordneten zu dem außerordentlichen Landtag auf den 15. Januar 1851 betreffend. — Ein wohl demnächst erscheinendes Edikt bringt, wie wir vernehmen, die Verordnung, betreffend die Prorogation des Finanzgesetzes auf das erste Quartal 1851.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 27. Dezbr. Von gestern Vormittag bis Nachmittags war unsere Vorpostenlinie zwischen Breckendorf und Dahmendorf in Bewegung. Man schoß hin, man schoß her, sogar mit Kanonen, jedoch ohne wesentliche Resultate, die Dänen hatten einige Todte, wir einige Verwundete. (H. C.)

Oesterreich.

** **Wien,** 28. Dezbr. Eine durchgreifende Regelung des k. k. österreichischen Konsularwesens in Spanien steht in Aussicht. Einstweilen haben einige bezügliche Ernennungen stattgefunden. Der bisherige Generalkonsulatsverweser zu Cadix, Hr. Markus Ritter v. Machiavelli, ist zum Generalkonsul daselbst, der bisherige Konsulatsverweser zu Gibraltar, Hr. Cornland Cowell, zum wirklichen Konsul ebendaselbst ernannt worden. Hr. v. Machiavelli ist zur Auszeichnung seiner besonders erspießlichen Dienste mit dem Franz Josephorden belohnt worden. — Das in südlicher Richtung von Kamieniez-podolski seit längerer Zeit concentrirt gewesene russische Armeekorps, wellches am 10. v. M. seine Stellung verlassen und in der Stärke von 35,500 Mann mit 60 Kanonen den Marsch auf der Heerstraße nach Norden, über Brzesz-litewskoi angetreten hat, ist — neuesten Nachrichten zufolge — in Bialystock und Umgegend stehen geblieben. Indessen sind seither andere russische Truppen aus dem Süden des Reiches wieder in die vorige Kantonirung nach und nach eingerückt, und so dürften jetzt bei Kamieniez-podolski wieder 20,000 Mann beisammen sein.

Frankreich.

× **Paris,** 26. Dez. [Tagesbericht.] Die Politik hat heute der Justiz den Platz räumen müssen, allerdings war die Justiz nicht ohne Beimischung von Politik. Der Prozeß Allais hat die Gemüther ausschließlich beschäftigt. Allais ist als der Verläumdung überführt zu einem Jahr Gefängniß und 300 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden. So ist denn nun die Angelegenheit des vielgenannten Komplotts der Dezembristen zu Ende gebracht und es bleibt nur noch die Frage, ob Hr. Yon der Polizeiagent der Nat.-Versammlung noch weiter in seinem Amte verbleiben wird. Bis jetzt wenigstens hat sich das Bureau der Versammlung wenig geneigt gezeigt, dem Elysée diese Satisfaktion zu geben.

Fortwährend zirkuliren Kommentare über die Reunion Molé, welche sich darin zu gefallen scheint, gar keine Fahne aufzupflanzen und den Interpretationen über ihre Nüance und ihre Pläne freies Spiel zu lassen. Die Einen behaupten, der Verein sei bonapartistisch, die Andern er arbeite ausschließlich an dem Werke der Fusion. Wie jetzt versichert wird, ist der erste Gedanke zu diesem Vereine von Hrn. Guizot ausgegangen.

Das „Pariser Bülletin“ kündigt mit folgenden Worten das Erscheinen eines neuen bonapartistischen Journals an, welches in Aussicht auf die Wahlen von 1852 begründet wird: „Am 5. Januar wird die erste Nummer der „französischen Fahne“ erscheinen, eine Wochenschrift, deren Redakteur Herr Leon Vidal sein wird. Die Schrift scheint bestimmt, die Wochen-Journale zu ersetzen, welche aus mannigfachen Gründen im Laufe dieses Jahres zu erscheinen aufgehört haben. Ihr Titel und ihre Vignette, welche der General Bonaparte mit der glorreichen Fahne Frankreichs darstellt, erinnern an den „Napoleon“ und zeigen die konservative, liberale und bonapartistische Richtung an, welche die Wochenschrift einhalten wird. Das Journal wendet sich an die immense Majorität der französischen Bevölkerung und wird für sie die Fahne im Jahre 1852 sein.“

Das Gouvernement hat einen Gesetzentwurf eingereicht, betreffend die Einberufung von 80,000 Mann aus der Klasse von 1850. Die Kommission zur Prüfung des Entwurfs hat gestern eine Sitzung gehalten, und soll sich für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen haben.

General Hautpoul, Gouverneur von Algerien, hat Truppenverstärkungen verlangt, da er im Frühling eine Expedition bei den Kabylen unternehmen will.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 29. Dezbr. [Die Schluß-Sitzung der Stadtverordneten] hat heute zwischen 11 und 12 Uhr Mittags im Saale des Elisabetans stattgefunden. Der Magistrat war in pleno anwesend. Die Stadtverordneten erschienen mit ihren Amtsketten geschmückt. Ein zahlreiches Publikum füllte den Zuhörerraum.

Nach Erledigung einiger rückstehenden Bürgerrechts- und Gewerbegesuche nahm der Vorsteher der Versammlung, Herr Dr. Grätzer das Wort, um in einem kurzen aber inhaltreichen Vortrage von seinen Kollegen Abschied zu nehmen und die Gefühle auszusprechen, welche das Scheiden der Stadtverordneten von ihrem seitherigen Wirkungskreise in ihm hervorgerufen hatte. Schließlich forderte der Redner die Versammelten auf, dem Magistrat ihre dankbare Anerkennung für dessen treue Verwaltung unserer städtischen Angelegenheiten noch ein Mal an den Tag zu legen. Die Versammlung erhob sich einmüthig und verharrte in dieser Stellung, während Herr Bürgermeister Bartsch sichtlich ergriffen von der Bedeutung des Augenblickes, die Rede des Hrn. Vorstehers erwiderte. Beide Vorträge waren von zu großem Interesse, als daß wir sie dem Leser in skizzenhaften Auszügen mittheilen sollten. Der offizielle Bericht über die heutige Schluß-Sitzung, welcher wohl schon in der Dinstags-Zeitung erscheint, dürfte die gedachten Reden vollständig enthalten.

Die Konstituirung des Gemeinderathes ist auf morgen (30.) um 4 Uhr Nachmittags anberaumt.

† **Neisse,** 28. Dez. [Eisenbahn. — Militärische Physiognomie.] Dem Vernehmen nach soll es in der Absicht der höheren betreffenden Staatsbehörde gelegen haben, die Direktion der Neisse-Brieger Eisenbahn zu veranlassen, die von hier nach Breslau abgehenden Dampfzüge so anordnen zu lassen, daß ein unmittelbarer Anschluß an die von Breslau nach Berlin abgehenden Züge bewirkt wird. Dies hätte für den Verkehr zwischen Neisse und Breslau jedoch gewiß große Nachtheile, sowohl für das Publikum, als hinsichtlich der Einnahme, da für den beregten Fall diese Züge zu sehr unbequemen Tageszeiten von hier müßten entlassen werden, was ohne Zweifel eine Verminderung der Frequenz herbeiführte; denn gerade der Verkehr zwischen Neisse und Breslau und Neisse-Brieg, Ratibor ꝛc. ist in Ansehung der Rentabilität der Bahn von besonderer Wichtigkeit. — Die Physiognomie der militärischen Tableaus, welche uns vor die Augen treten, hat sich seit etwa 14 Tagen recht merklich geändert. Man sieht keine nur halbeingekleideten Soldaten mehr, auf den Wachen erblickt man die Mannschaft im Helm, Ober- und Untergewehr und das rastlose Treiben, welches vor der Armee-Reduktion sich sehr unter den Soldaten bemerklich machte, besonders durch den großen Wechsel zwischen Ankommenden und Abmarschirenden, dies Alles wird man nur in sehr geringem Maße noch gewahr. Wenn man arbeitet und in der Wehrbarmachung nichts verabsäumt, so geschieht dies gewiß in einer für das größere Publikum nicht wahrnehmbaren Weise.

Neurode, im Dezember. Unseren Tuchmachern hatte der heilige Christ ein recht annehmbares Geschenk in Form einer Lieferungsbestellung eingebunden. Sie haben nämlich binnen 4 Monaten 40,000 Ellen und zwar monatlich 10,000 Ellen Kommißtuch abzuliefern. Da wird wieder mancher recht in der Wolle sitzen und den Herrn Kriegsminister segnen, der Gelegenheit zur Arbeit gegeben und zwar in einer Zeit, wo Tuchkaufen nicht Jedermanns Sache ist.

Liegnitz. Der Strumpfstricker-Meister Franz Opitz zu Liebenthal als Rathmann daselbst; der bish. Predigtamts-Kandidat Karl Meyer als Katechet und Lehrer zu Alt-Gebhardsdorf im Kreise Lauban; der zeitherige Schulamts-Kandidat Rudolph Mathaei als vierter Lehrer an der höhern Bürgerschule zu Landeshut; und der zeitherige Hülfslehrer Karl Wilhelm Schwetasch als Elementarlehrer an der Stadtschule zu Sprottau bestätigt.

Mannigfaltiges.

— * Durch den hier vor Kurzem begründeten Schachklubb ist die Aufmerksamkeit auf dieses „Spiel der Spiele“ auch in Breslau aufs Neue geleitet worden. Jüngst hat der hierselbst geborene und herangebildete, gegenwärtig bereits zu einer europäischen Berühmtheit gelangte Schachspieler Horrwitz mit vier Mitgliedern des Glasgower Schachklubbs siegreich einen Wettkampf, wie er in ähnlicher Weise wohl kaum noch vorgekommen ist, bestanden. — Er spielte mit den gedachten Herren zwei Partien zu gleicher Zeit und obendrein „im Blinden“, nämlich ohne eigenes Schachbrett und ohne die der Gegner zu sehen. Der im höchsten Grade interessante und spannende Kampf hatte nach und nach eine immer zahlreichere und aufmerksamere Gesellschaft von Liebhabern des Schachspiels in den Klubbräumen versammelt. Es war um Punkt 7 Uhr mit dem Spielen begonnen worden. Herr Horrwitz saß an einem Ende des großen Saales, seine Gegner an dem andern. — Zug um Zug wurde, auf Karten geschrieben, vom Vorsitzenden der Versammlung mitgetheilt. Gegen halb zwei Uhr in der Nacht gaben die Spieler des ersten Spieles den Kampf zu Gunsten unsers Landsmanns auf; der schon so weit vorgerückten Zeit wegen wurde bald darauf auch das andere Spiel abgebrochen; doch stand dasselbe ebenfalls so, daß an dem nicht fernen Siege des Herrn Horrwitz nicht wohl zu zweifeln war.

—* Schon stehen von plastischen Kunstwerken preußischer Künstler, welche die Londoner Industrie-Ausstellung zieren sollen, einige in den Berliner Ateliers vollendet zur Ansicht aus, andere sind so weit vorgeschritten, daß soeben die letzte Hand an dieselben gelegt wird. — Die Zinkgießerei von Moritz Geiß in Berlin sendet drei uns wohlbekannte Kunstwerke, von Kratzenbergs geschickter Hand ciselirt: die Amazonengruppe von Kiß, den Knaben mit dem Schwan von Kalide*) und die zwei liegenden lebensgroßen Hirsche von Rauch und Kalide. Aus Weichmanns Atelier wird nur ein von ihm selbst verfertigtes Bildwerk in Mormor: „zwei Mädchen, die einander wahrsagen“, von Kalide die vielfach besprochene Bachantin auf dem Panther, von Wolff ein Mädchen in altdeutscher Tracht, ein Lamm haltend, die weite Kunstreise, der sich noch zwei Reliefs von v. Prinz anschließen sollen, unternehmen. — Das kolossale Gypsmodell Friedrich des Großen (von Rauch) wird nicht, wie man anfänglich beabsichtigte, zur Ausstellung gelangen, da erstlich die Bedingung von der Ausstellungs-Kommission ausdrücklich gestellt worden ist: kein Portrait aufzunehmen — und auch die Transportkosten, die in der geringsten Annahme auf 6000 Thlr. veranschlagt worden sind, den Ausgabefonds gar zu unverhältnißmäßig beanspruchen — ja, dessen Kräfte geradezu überschreiten würden.

— Ueber die Explosion des Dampfschiffes in St. Franzisko ersehen wir noch folgende Details: Am 20. Okt. Nachm. um 5 Uhr, gerade, als der Dampfer Sagamore von der Centralwerfte abholte, um mit einer großen Menge Passagieren nach Stockton abzugehen, sprang der Kessel mit einer furchtbaren Explosion, Massen von Bauholz und menschlichen Körpern wurden in jeder Richtung fortgeschleudert. Der Kapitain des Schiffes, Cole, wurde in einer Entfernung von 50 Fuß ins Wasser geschleudert, jedoch sind seine Verwundungen der Art, daß eine baldige Besserung zu hoffen steht. Die Zahl der an Bord befindlichen Personen betrug 78 bis 100. Viele Körper waren so zersetzt, daß es unmöglich war, sie wieder zu erkennen. Glieder und Stükken von Körpern wurden — ein gräßlicher Anblick — in Körben gesammelt fortgetragen. Unter den als getödtet und verwundet bekannt Gewordenen befinden sich keine Deutschen.

Berlin, 28. Dezember. Das dem Maschinenbauer C. Dannenberger in Berlin unter dem 15. Mai 1850 ertheilte Patent auf eine mechanische Vorrichtung, Kupfer- oder Stahlplatten für die Ausübung der sogenannten schwarzen Kunst vorzurichten, ist erloschen. — Das dem Schlossermeister und Maschinenbauer Heinrich Mann zu Elberfeld unter dem 3. Dezember 1849 ertheilte Patent auf eine Maschine zum Waschen von Garnen und gewebten Stoffen in der durch ein Modell nachgewiesenen Zusammensetzung, ist erloschen. — Das dem Fabrikbesitzer A. Borsig zu Berlin unter dem 1. Dezember 1849 ertheilte Patent auf durch Zeichnung und Beschreibung näher nachgewiesene mechanische Mittel zur Anfertigung von Hohlgefäßen und Röhren aus Metall, ist erloschen.

*) Kiß und Kalide sind bekanntlich beide geborene Oberschlesier.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Herzog v. Mecklenburg-Strelitz aus Strelitz. Gesandter Graf v. Bernstorff, Legations-Sekr. v. d. Linkhusen und Perlemutthändler van der Lech aus Wien. Adjutant v. Gorcy. Major v. Schwanenfeld aus Gräfenberg kommend. Kammerherr v. Elsner aus Zieserwitz. Herren Saphier und v. Schmakowski aus Berlin kommend.

Markt-Preise.

Breslau am 30. Dezember 1850.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	48	Sgr.
Gelber dito	53	51	50	48	"
Roggen . . .	42	41	39	37	"
Gerste . . .	28	26	25	24	"
Hafer . . .	23	22	21	20	"
Rothe Kleesaat	11½	11	10	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10	9	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7⅓ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 28. Dezember. Sämmtliche Effekten erfuhren heute, namentlich auf Januar eine fernere Steigerung, während einzelne per Kasse, der nahen Liquidation wegen, vorübergehend offerirt waren.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 96½ à 97 bez., Priorität 5% 102 bez. Krakau-Oberschlesische 4% 65½ bez. und Br., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 31¼, 31 à ⅝ bez., Priorität 5% 95½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 80¼ bez. und Gld., Priorität 4% 93¾ Gld., Priorität 5% 102¾ bez. und Gld., Serie III. 5% 101¾ bez. und Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 111 à 112 bez., Litt. B. 3½% 107 bez. und Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 104¾ Gld. Staats-Schuld-Scheine 3½% 84 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 120 bez. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 89 Gld. Preußische Bank-Antheile 95 à ½ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Gld., neue 4% 94 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 80¼ Gld., à 300 Fl. 138 Gld.

Wien, 28. Dezember. Die steigende Stimmung für Fonds und Aktien hielt auch heute an, und erstreckte sich besonders auf Metall., Bankaktien und Loose von 1834; Anfangs auch über Notiz gemacht. Gold unverändert; Wechsel besser begehrt, besonders deutsche und ital. Devisen.

5% Metalliques 95⅞, 4½% 82⅝; Nordbahn 113⅞: Hamburg 2 Monat 191; London 3 Monat 12. 25.; Silber 129.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.